



Linz, am 30. 09.2021

OÖ Bauernbund fordert volle Transparenz der Geldflüsse bei NGOs

Sie vertreten gesellschaftliche Interessen, sind aber nicht dem Staat oder der Regierung unterstellt. Die sogenannten NGOs (non-governmental-organisations), also Nichtregierungsorganisationen, sind private Organisationen, deren Aktivitäten sich auf bestimmte Anliegen für Menschen, Tiere, Umwelt oder Politik richten. Während manche NGOs bei ihren Forderungen etwa Richtung Landwirtschaft ganz genaue Maßstäbe ansetzen, scheinen sie es mit der eigenen Transparenz nicht so wichtig zu nehmen. Durch öffentlich nicht dargelegte Geldflüsse könnten sie für die Interessen anderer somit instrumentalisiert werden. Der OÖ Bauernbund fordert daher eine Offenlegungspflicht für Großspenden an NGOs ab 2500 Euro. In der Landwirtschaftskammer-Vollversammlung vom 30. September wurde ein dementsprechender Antrag eingebracht.

Der Begriff „NGOs“ (non-governmental organisations = Nicht-Regierungsorganisationen) ist mittlerweile sehr verbreitet und der Großteil der Bevölkerung weiß etwas damit anzufangen bzw. kennt Organisationen, die als NGO agieren. Eine gesetzliche Definition, was eine NGO ist und was sie soll und darf, gibt es in Österreich hingegen nicht. Auch gibt es keine öffentliche Stelle, die Organisationen offiziell als NGO registriert. Es bleibt somit der Wahrnehmung überlassen, ob eine Organisation als solche empfunden wird oder nicht. Manche NGOs bezeichnen sich selbst als solche, manchen wird diese Bezeichnung von der Öffentlichkeit, von Medien oder von Regierungsstellen zugeschrieben.

Dem Begriff „NGO“ fehlt die gesetzliche Definition

Schon alleine in dieser fehlenden Definition liegt ein gewisses Problem. Denn immer mehr Vereine oder auch die Politik orientieren sich an Forderungen oder an „Fachwissen“ von NGOs, um dadurch selbst unabhängiger zu erscheinen oder ihren Zielen mehr Gehör zu verschaffen. „Auch wenn ein Großteil der Organisationen im rechtlichen Rahmen agiert und NGOs grundsätzlich eine sehr wertvolle Arbeit machen, gibt es doch auch solche, die dieses Vakuum ausnützen, um sich zu radikalieren“, sagt der oö. Bauernbund-Direktor Wolfgang Wallner.

Gerade im landwirtschaftlichen Bereich sei man sehr oft mit unrealistischen Forderungen oder in letzter Zeit auch zunehmend aggressivem Verhalten, Stichwort Stalleinbrüche, konfrontiert. „Natürlich kann man über alle Forderungen diskutieren und gerade die Landwirtschaft ist ein sehr innovativer und entwicklungsfreudiger Sektor. Aber es gibt auch Grenzen, etwa dann, wenn es zu persönlichen Diffamierungen kommt und ganze Familien an den Pranger gestellt werden“, greift Wallner die Bedrückung ganzer Familien auf.

Bei den landwirtschaftlichen Betrieben, bei denen aufgrund des Wahlkampfes in Oberösterreich Demonstrationen stattfanden, wurde allesamt nach sofortiger Kontrolle der Amtstierärzte eine einwandfreie Tierhaltung bestätigt. „Was nach solchen Aktionen bleibt ist die Unsicherheit und Angst in den Familien vor weiteren Stalleinbrüchen und haltlosen Anschuldigungen“, ärgert sich Wallner über diese menschenverachtende Vorgangsweise.



Woher kommt das ganze Spendengeld?

Eine damit in Zusammenhang stehende gravierende Gesetzeslücke ist die fehlende Offenlegung von Geldflüssen bei NGOs. „Man weiß nicht, woher das Geld kommt und oft auch nicht im Detail, wohin das Geld geht“, sagt Wallner. Die Jahres- und Rechenschaftsberichte mancher Organisationen geben darüber kaum oder nur unzureichend Auskunft. „Es ist längst überfällig, dass die NGOs ihre Finanzflüsse offenlegen“, sagt Wallner, „ansonsten kann der Eindruck entstehen, dass sie nicht mehr aus eigenem Antrieb, sondern aufgrund der Wünsche eventueller Geldgeber handeln“.

„Die hohen Maßstäbe, die NGOs von anderen fordern, sollten auch in den eigenen Reihen selbstverständlich sein. Dort wird laufend gefordert, alles offenzulegen und jede einzelne Unterstützung, die die Bäuerinnen und Bauern erhalten, zu überprüfen. Warum setzen sie diese Maßstäbe nicht auch bei sich selbst an?“, fragt sich Wallner.

Warum nicht am Parteiengesetz orientieren?

Für Parteien wurde die Offenlegung von Spenden inklusive der Meldung an den Rechnungshof bereits umgesetzt. Seit Juli 2019 müssen Spenden ab 2500 Euro an den Österreichischen Rechnungshof gemeldet werden. „Das fordern wir auch für NGOs ein“, sagt Wallner. Der Rechnungshof solle die Möglichkeit bekommen, eine Kontrolle der Rechenschaftsberichte, Informationen über Spenden sowie Ausgaben und Einnahmen der NGOs durchführen. „Das wäre auch im Interesse der zahlreichen Spender“, ergänzt Wallner.

Im Zuge der öö. Landwirtschaftskammer-Vollversammlung vom 30. September 2021 wurde ein entsprechender Antrag des Bauernbundes eingebracht.

+++

Rückfragenhinweis

DI Anni Pichler

+43 650 4112716